

Es gilt das gesprochene Wort.

TOP 26 – Pendlerpauschale

Dazu sagt die finanzpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,  
**Monika Heinold:**

**Fraktion im Landtag  
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988-1503  
Fax: 0431 / 988-1501  
Mobil: 0172 / 541 83 53  
E-Mail: [presse@gruene.ltsh.de](mailto:presse@gruene.ltsh.de)  
Internet: [www.sh.gruene-fraktion.de](http://www.sh.gruene-fraktion.de)

**Nr. 196.08 / 28.5.2008**

## **Pendlerpauschale verfassungskonform und aufkommensneutral umgestalten**

Erinnern Sie sich noch an die Beschlüsse der großen Koalition in Berlin? Die Mehrwertsteuer wurde um 3 Prozent auf 19 Prozent erhöht, die Eigenheimzulage wurde abgeschafft, die Pendlerpauschale deutlich gekürzt, die Versicherungssteuer erhöht. Die Menschen im Land wurden erheblich belastet, die reale Kaufkraft vermindert. Der größte Fehler war allerdings, dass die Lohnnebenkosten nicht in gleicher Höhe sanken, wie die Mehrwertsteuer erhöht wurde.

Kein Wunder also, dass die große Koalition nun die Unzufriedenheit der BürgerInnen zu spüren bekommt, die zunehmend Probleme haben, mit ihrem Nettoeinkommen die hohen täglichen Ausgaben zu finanzieren.

Und so ist, angestoßen durch die CSU, die panische Angst vor einer schweren Schlappe bei der Landtagswahl im September hat, plötzlich ein kaum noch zu überbietender Wettbewerb um das größte Steuersenkungsversprechen ausgebrochen.

Dass es eher um neue Wahlversprechen als um reale Politik geht, zeigt der Antrag der großen Koalition in Schleswig-Holstein zur Pendlerpauschale: zehn Tage vor der Kommunalwahl wollten CDU und SPD schnell noch mit einem Steuergeschenk punkten. Das Wahlergebnis von Sonntag zeigt aber, dass sich die BürgerInnen von solchen Wahlgeschenken nicht beeindruckt lassen.

Der Antrag von CDU und SPD ist unseriös, er spart die entscheidende Frage aus: Soll ein Steuerminus von 2,5 Milliarden Euro in Kauf genommen werden oder soll die Pendlerpauschale von 30 Cent pro Kilometer auf vielleicht dann 20 Cent sinken, um die Aufkommensneutralität für den Haushalt sicher zu stellen?

1/2

Und wenn es keine Reduzierung der 30 Cent pro Kilometer geben soll, wie könnte dann das Steuerminus von 30 bis 40 Millionen Euro im Landeshaushalt kompensiert werden?

Meine Damen und Herren, bekennen Sie heute Farbe, stimmen Sie unserem Grünen Ergänzungsantrag zu, der den BürgerInnen klaren Wein einschenkt und sagt: Der Fahrtweg zur Arbeit soll wieder ab dem ersten Kilometer von der Steuer absetzbar sein, dazu wird der abzusetzende Betrag pro Kilometer gesenkt, damit wir keine neuen Steuerverluste haben.

Meine Damen und Herren, wir Grüne haben uns immer kritisch zur Pendlerpauschale verhalten, weil sie weite Fahrtwege und damit auch die Zersiedelung unseres Landes unterstützt und weil Besserverdienende von der steuerlichen Absetzbarkeit mehr profitieren als GeringverdienerInnen.

Immerhin haben wir unter Rot-Grün durchgesetzt, dass die Pauschale für alle Verkehrsmittel gilt: Für den PKW genauso wie für das Fahrrad, den Fußweg und den öffentlichen Verkehr.

Jetzt mahnen wir an, dass das von der großen Koalition vermurkste Gesetz wieder so gestaltet wird, dass es rechtlich einwandfrei ist und dass die ökologisch schädliche Regelung kippt, dass diejenigen, die den weitesten Weg zur Arbeit haben, am meisten profitieren.

Außerdem appelliere ich heute noch einmal an die große Koalition, sich endlich auf die Lösung der drängenden Probleme in unserer Gesellschaft zu konzentrieren: Die Lohnnebenkosten müssen gesenkt und das Steuersystem muss dringend reformiert werden.

Ausnahmetatbestände sind zu streichen, hohe Vermögen müssen angemessen besteuert werden, der Spitzensteuersatz muss steigen. Im Gegenzug müssen sich Grundfreibeträge zukünftig an der Entwicklung der Lebenshaltungskosten orientieren und dementsprechend jährlich verändern.

Und noch ein letzter Gedanke zur Pendlerpauschale: Wer über steigende Benzinpreise spricht, muss sich auch mit der Mobilität der Zukunft beschäftigen: Angesichts der weltweiten Verknappung des Erdöls ist eine weitere Steigerung des Erdölpreises unausweichlich. Einige ExpertInnen sprechen bereits jetzt davon, dass der peak-oil - das Erreichen der weltweiten höchsten Öl-Fördermenge - schon überschritten ist, und dass sich bei steigendem Weltölverbrauch bis 2015 eine Versorgungslücke von 12,5 Millionen Barrel pro Tag auftun wird, 15 Prozent des heutigen Weltverbrauchs.

Wer also glaubt, den steigenden Benzinpreisen mit einer Erhöhung der Steuerfreibeträge begegnen zu können, ist weit von zukunftsfähiger Politik entfernt.

Wir werden uns in den nächsten Jahren mit ganz anderen Fragen beschäftigen müssen: welches Mobilitätsverhalten ist weltweit verkraftbar und welche neuen Technologien müssen wir dazu entwickeln!

\*\*\*